

Jugoslawien: Konflikt Staat – Kirche in Kroatien

Wer die Frage, warum in Jugoslawien gerade in letzter Zeit die Auseinandersetzung zwischen Kirche und Staat wieder besonders konfliktreich geworden ist, beantworten will, muß sowohl die historischen Hintergründe wie aktuelle Elemente berücksichtigen. Die jüngsten Erfahrungen mit dem Kirche-Staat-Verhältnis in Polen gehören ebenso dazu wie die besondere Problematik der „Ohne-Tito-Phase“ in Jugoslawien.

Ein fragiles Gleichgewicht

Auch Jugoslawiens Kommunisten blieb die Erfahrung nicht erspart, die andere kommunistische Parteien an der Macht mit der Kirche machten: Sie starb nach der Revolution nicht ab; sie wurde nicht zum Relikt, das lediglich für ungebildete alte Leute von Bedeutung wäre. Sie ließ sich nicht einmal isolieren. Im Gegenteil! In wachsendem Maß zeigte sie sich fähig, auch auf die in kommunistischen, atheistischen Schulen aufgewachsene *Jugend* Anziehungskraft auszuüben. Selbst so mancher Parteifunktionär konnte familiäre oder individuelle Bande zu einer religiösen, oft auch national geprägten Tradition nicht abwerfen. Und es wurde von Zeit zu Zeit längst wieder „Mode“, in der Kirche getauft, getraut und mit kirchlichem Ritual begraben zu werden. Noch „schlimmer“: Die Kirche konnte im sozial-kulturellen Bereich vielfach in das Vakuum vordringen, das das sozialistische Regime entstehen ließ. Letzteres gilt vor allem für die *katholische Kirche*, die bei weitem die aktivste der drei ungefähr gleichgroßen Glaubensgemeinschaften in Jugoslawien – Katholizismus, Orthodoxie und Islam – ist. Daß die Partei über diese Entwicklung zutiefst irritiert ist, läßt sich – von ihrem Standpunkt aus gesehen – begreifen.

Wie buchstäblich alles in Jugoslawien, ist sowohl die Position der Partei gegenüber den Glaubensgemeinschaften als auch die der Kirchen noch komplizierter als in anderen kommunistisch regierten Staaten. Die Kompliziertheit rührt erstens vom *Vielvölkerstaat* mit seinen unterschiedlichen religiösen und kulturellen Entwicklungen her. Zweitens ist sie das *Ergebnis von Erfahrungen während des Zweiten Weltkrieges*, aber zu einem Teil auch der Zwischenkriegszeit. Titos föderatives Jugoslawien, wie es nach dem Krieg geschaffen wurde, will allen Nationen und Nationalitäten innerhalb seiner Grenzen volle Gleichberechtigung geben. Das bedeutet zugleich, daß keine Nation ein Übergewicht, eine stärkere Machtposition bekommen dürfe. Damit versuchte er einen *modus vivendi* zu schaffen für ein friedliches Zusammenleben aller jener, die – parallel zum Befreiungskampf der Partisanen gegen die deutschen Besetzer – sich in einem blutigen Bürgerkrieg gegenseitig massakriert hatten. Die Wurzeln dieses Mordens waren im Haß zwischen Nationen und Religionen zu suchen. Titos Jugoslawien sollte damit aber

auch zugleich einen Gegensatz bieten zu dem Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen, in dem de facto bis Kriegsanfang die Serben regiert hatten.

Sicher war sich Tito im klaren darüber, daß sein Konzept zwar im gegebenen Augenblick und unter den gegebenen Umständen die *maximale Möglichkeit für einen lebensfähigen Staat* war – aber doch ein ziemlich fragiles Gebilde blieb. Dieser *Fragilität* trug er Rechnung, in dem er unablässig bemüht war, ein Gleichgewicht zwischen Serben und Kroaten zu schaffen und zu erhalten – ein Bemühen, das auch im Verhältnis zu den Glaubensgemeinschaften zum Ausdruck kam. Wann immer ein serbischer oder ein kroatischer „Nationalismus“ sich zeigte – oder die Partei solche Tendenzen zu erkennen glaubte oder behauptete, sie zu erkennen –, wurden Kritik, Anschuldigungen, Strafen gegen den einen und kurz darauf dann auch an den anderen adressiert. Den Vorwurf des „Nationalismus“ berührte automatisch auch die in der jeweiligen Region besonders starke Glaubensgemeinschaft.

Umgekehrt aber kamen stets auch Phasen der Entspannung zwischen Staat und Kirche jeweils nicht nur der in erster Linie betroffenen Glaubensgemeinschaft zugute, sondern auch den anderen. Als Tito Mitte der sechziger Jahre um Vertrauen im Westen warb und 1966 mit dem Heiligen Stuhl ein *Protokoll* unterzeichnet wurde (vgl. HK, September 1966, 410 f.), das die Position der katholischen Kirche in Jugoslawien festlegte und zur Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen dem Vatikan und Belgrad führte (vgl. HK, September 1970, 401) –, wußten auch die serbisch-orthodoxe Kirche und die Vertreter des Islam, daß für sie eine Art „Tauwetter“ einsetzte. Dabei wirkte sich auf die Position des Islam besonders Jugoslawiens Außenpolitik der Blockfreiheit aus. Eine islamische Bastion in Europa auf jugoslawischem Territorium war ein wichtiger Vertrauensfaktor für die arabischen Mitglieder der Bewegung der Blockfreien. Damit war aber auch die katholische Kirche nicht mehr die einzige mit einem „Zentrum“ außerhalb Jugoslawiens. Im übrigen konfrontiert die Explosion eines national-fanatisierten Islam im arabischen Bereich zweifellos auch Jugoslawiens Muselmanen mit manchen politischen Problemen.

Ein weiteres Beispiel für die inner-jugoslawische Wechselwirkung der Glaubensgemeinschaften, liefert die *mazedonische Kirche*. Als sie – mit kräftiger Unterstützung der Partei – entstand und bald darauf autokephal, also von der serbischen Kirche unabhängig wurde, war sie ein Instrument zur Vertiefung mazedonischen Nationalgefühls innerhalb Jugoslawiens. Was hier an Patriotismus erlaubt war, konnte anderen aber nicht so leicht verboten werden. Bei der Neufassung der Gesetze für die Glaubensgemeinschaften auf Republikesebene wurde die verhältnismäßig liberale Formulierung Mazedoniens denn auch von Bedeutung für die anderen Republiken.

Zur politischen Praxis im heutigen Jugoslawien gehört allerdings auch, daß zu allen Zeiten parallel mit den „Schwankungen“ auf offizieller Ebene, ohne „Schwankungen“ auf „niederer“ Ebene Gläubige schikaniert werden. Die volle Glaubensfreiheit, die die jugoslawische Verfassung garantiert, ist *in der Praxis* keineswegs gegeben. Als Belege dafür werden in den jugoslawischen Informationsmedien immer wieder eine Reihe von Beispielen zitiert – nur bedeuten solche Veröffentlichungen keine Änderung im Verhalten lokaler Funktionäre. Es darf zwar jeder ungehindert in die Kirche gehen, aber er kann deswegen, wenn er z. B. Lehrer ist, seine Stellung verlieren, oder wenn er jung ist, sicher sein, daß er keine Karriere machen wird. Eltern werden davor gewarnt, Kinder in den Religionsunterricht der Pfarrei zu schicken. Den Geistlichen werden mannigfache Hindernisse in den Weg gelegt, wenn sie vor allem auf dem Land oder in kleineren Gemeinden kulturelle und sportliche Veranstaltungen für junge Menschen organisieren. Beispiele mit umgekehrten Erfahrungen gibt es allerdings auch.

Gespaltene Führung

Natürlich hat die katholische Kirche – aber das gilt auch für die serbisch-orthodoxe oder den Islam – stets versucht, gegen solche Behinderungen zu protestieren: in der eigenen Presse, durch Briefe an führende Funktionäre, in Predigten. In den öffentlichen Informationsmedien aber gibt es bis heute keinen Platz für ihre Stimme. Daß sie gegenwärtig dennoch mit mehr Gewicht und mehr Selbstbewußtsein ihre Interessen vertritt, ist unverkennbar. Sie überträgt dieses Selbstbewußtsein – nicht unbeeinflusst von der Haltung des gegenwärtigen Papstes – auf die Gläubigen und betont dabei zugleich ihre *Rolle bei der Wahrung der Menschenrechte*. Außerdem beruft sich die katholische Kirche in Kroatien – wo sie traditionell stark mit dem Volk verbunden ist – erneut mit Nachdruck auf ihre nationale Rolle.

Menschenrechte und Patriotismus sind aber gerade im Zusammenhang mit der Kirche für die Partei ein rotes Tuch. Denn erstens beruft sich der jugoslawische spezifische Selbstverwaltungssozialismus darauf, das „demokratischste System der Welt“ (*Edvard Kardelj*) entwickelt zu haben, und zweitens ist kroatischer Patriotismus – offiziell spricht man nur von „Nationalismus“ – etwas, was nicht sein darf. Drittens schließlich ist gerade diese Thematik für die Partei besonders heikel seit Titos Tod und seit den Entwicklungen in Polen.

Kritische Stimmen sind nach dem Tode Titos in allen Regionen des Landes, nicht nur bei Intellektuellen, sondern in der Arbeiterschaft und in der Jugend, aber auch bei Wirtschaftsführern zu hören. Zugleich zeigen sich die Führungskräfte der Partei in der Beurteilung dieses Phänomens *gespalten*. Manche befürworten mehr Diskussionsfreiheit in der breiten Öffentlichkeit (so u. a. *Alexander Grlickov*, Mitglied des Parteipräsidiums). Andere hal-

ten an der hergebrachten Praxis kommunistischer Parteien fest: Nur innerhalb der eigenen vier Wände der Führungszirkel der Partei dürfe kritisiert werden. Kritik von außerhalb gilt für solche Funktionäre schlicht als „konterrevolutionär“ und wird damit als kriminelle Handlung eingestuft (u. a. durch *Jure Bilic*, dem kroatischen Parlamentspräsidenten; vgl. „Vjesnik“, 19. 2. 81). Kroatiens Führung ist, soweit sie sich öffentlich artikuliert, eindeutig dieser konservativ-dogmatischen Richtung zuzuordnen. Das zeigt sich nicht zuletzt in einer Serie von Prozessen gegen Intellektuelle, denen vor allem unliebsame Interviews mit westlichen Journalisten vorgeworfen wurden. Ganz offensichtlich steht an der Spitze dieses Flügels der Altpartisan *Jakov Blazevic*, heute Präsident der Republik Kroatien. Er überraschte im Januar die jugoslawische und die ausländische Öffentlichkeit mit besonders grobschlächtigen Ausfällen gegen die katholische Kirche in Kroatien und auch gegen den Vatikan. Auf einer Pressekonferenz, die dem Erscheinen seiner dreibändigen Memoiren gewidmet war, nannte er die katholische Kirche in einem Atemzug mit extremen jugoslawischen Emigrantenkreisen und unterstellte ihr Mitverantwortung für Terrorakte aus diesen Kreisen im Ausland. Den verdutzten Journalisten rief er zu: „Denen ist noch nicht genug des Blutes!“ – nämlich den gegen Jugoslawien tätigen Ustaschi im Ausland und „ihren Mitschuldigen“ im Krieg und jetzt, den Würdenträgern der Kirche gestern und heute.

Das Überraschende an diesen und anderen Äußerungen auf Blazevics Pressekonferenz war, daß sie zu einem Zeitpunkt fielen, in dem eine Reihe anderer öffentlicher Stellungnahmen zur grundsätzlichen und aktuellen Rolle der Kirche im Selbstverwaltungs-Jugoslawien ein entspannteres, entkrampftes Verhalten auf marxistischer Seite demonstrierten. So erklärte z. B. das für Glaubensfragen zuständige Mitglied der kroatischen Regierung, Prof. *Ivan Lalic*, in einem Interview mit der Zagreber Tageszeitung „Vjesnik“ (25. 1. 81), es könne Sozialismus nicht ohne Glaubensfreiheit geben, wahre Freiheit bedeute zugleich die volle Gewissens- und Glaubensfreiheit. Im übrigen vertrat auch er kritische Positionen gegenüber der „politizierenden“ Kirche – aber er ließ einen Raum offen für das Gespräch mit ihr.

Kroatische Unzufriedenheit

Jakov Blazevics Worte wurden, wie das üblich ist, wenn Funktionäre von hohem Rang sich öffentlich äußern, in so gut wie allen Zeitungen zitiert, aber sie wurden von anderen ebenso gewichtigen Politikern nicht wiederholt. Eine Ausnahme bildete lediglich ein kleiner, Blazevic nahestehender Kreis in Kroatien. Dennoch kommt ihnen durch die Informationsmedien automatisch eine nicht unwesentliche politische Bedeutung zu. Vor allem wirken solche Bemerkungen in den „niedrigeren“ Funktionärrängen.

Inoffiziell war zu erfahren, daß *Blazevics Memoiren* schon lange druckfertig vorlagen, daß jedoch Tito selbst eine Veröffentlichung verhindert haben soll. Was hat nun wohl den kroatischen Alt-Kommunisten veranlaßt, ein gutes halbes Jahr nach Titos Tod den Zeitpunkt für geeignet einzuschätzen, um die Bücher der Öffentlichkeit vorzulegen? Aus dem Blickwinkel von Blazevic gab es dafür sicher eine Reihe von Gründen.

Erstens hatte Blazevic in dem Schauprozeß gegen Kardinal *Aloysius Stepinac* und eine Reihe von Ustaschis im Jahre 1946 als Staatsanwalt fungiert. Schon damals war dieser Prozeß, bei dem der Kardinal zu 16 Jahren Strafarbeit verurteilt wurde, im Ausland wegen seiner brutalen Inszenierung heftig kritisiert worden. In *Blazevics Memoiren* spielt die Rechtfertigung seiner damaligen Positionen eine wichtige Rolle. Denn auch in den Reihen der Kommunisten gab es verschiedene Ansichten über den Prozeß. Daß die Strafe später in Hausarrest verwandelt wurde, daß *Stepinac* nach seinem Tod in der Kathedrale Zagrebs beigesetzt werden konnte, sind Indizien hierfür. Es heißt auch, daß *Tito*, der damals noch mächtige *Milovan Djilas* und das heutige Staatsratsmitglied *Vladimir Bakaric* dem Prozeß gegenüber eine zurückhaltende Position einnahmen. Offensichtlich aber war er innenpolitisch unvermeidlich geworden, u. a. weil 1945 in Serbien Oberst *Mihailovic*, der Anführer der antikommunistischen „Cetniks“ zum Tode verurteilt und hingerichtet worden war. Im Sinne einer „Balance“ sollte so auch der katholischen Mehrheit unter den Kroaten die Macht der Justiz des Regimes demonstriert werden.

Daß der jetzige Erzbischof Kroatiens, *Franjo Kuharic* sich die Rehabilitierung von *Stepinac* zum Ziel gesetzt hat und dieses „Reizthema“ zwischen Kirche und Partei in Kroatien immer wieder zur Sprache bringt, gehört wohl ebenfalls zu den Anlässen für *Blazevics* Ausfälle.

Aber noch ein Element mag für *Blazevic* bestimmend gewesen sein. Nach den Säuberungen innerhalb der kroatischen Partei und unter den Intellektuellen 1970 bis 1971 war eine *neue Parteispitze* eingesetzt worden. Sie hat sich weiter als schwach und eher schweigsam gezeigt und im Gegensatz zu den gestürzten Vorgängern keinerlei Popularität in der kroatischen Bevölkerung gewinnen können. Aber nicht nur das. Manche zum Teil zu langen Gefängnisstrafen verurteilten „nationalistischen“ Intellektuellen und Studenten waren wieder in Freiheit. Manche von ihnen fanden Stellungen, andere wurden weiterhin diskriminiert. Die meisten von ihnen haben ihre politischen Positionen vermutlich einer rationalen Analyse unterzogen und in einen realistischeren politischen Zusammenhang gestellt, aber ihre kroatisch-patriotischen, auch nationalistischen Ansichten nicht geändert.

Hinzu kommt, daß unter der *neuen Studentengeneration* und anderen Jugendlichen ebenfalls eine höchst kritische Grundeinstellung zu den grundsätzlichen und alltäglichen Erscheinungen im sozialen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereich der kroatischen und der jugoslawischen gesellschaftspolitischen Entwicklung zu re-

gistrieren ist. Nicht wenige dieser jungen Leute stehen zusätzlich der kroatischen Kirche – auch ohne eigentliche religiöse Bindungen – nahe: weil die Kirche gegenüber dem offiziellen Jugoslawien das *nationale Selbstbewußtsein Kroatiens* repräsentiert – und weil die „oppositionellen“, das heißt unzufriedenen Kroaten der Ansicht sind, daß Titos Politik unter dem Einfluß der Serben stand, daß Belgrad darum eine antikroatische Position vertrete und daß Kroatien immer im gesamtjugoslawischen Rahmen benachteiligt werde. Daß die Partei jegliche kritische Regung in Kroatien sofort mit der antikommunistischen Ustaschi-Emigration gleichsetzt und damit auch noch die Kirche in den gleichen Topf wirft, ist eher Wasser auf der Mühle solcher Kroaten. Sie wollen sich von einer solchen Etikettierung öffentlich distanzieren. Darum suchen sie u. a. in letzter Zeit auch mehr Kontakt zu serbischen Intellektuellen, die der Partei gegenüber ebenfalls kritische Standpunkte einnehmen.

Angesichts dieser wiedererwachten oder nie ganz zum Verstummen gebrachten kroatischen Unzufriedenheit, angesichts der allgemeinen Verunsicherung in dieser „Ohne-Tito-Phase“ – fürchten die Altkommunisten vom Schlage *Jakov Blazevic* einen allgemeinen Autoritätsverlust der Partei und sehen das Heilmittel lediglich in einer Taktik der „harten Hand“.

Der Fall des Studenten Paraga

In diesen Zusammenhang gehört der Fall des Studenten *Paraga*. *Dobrosav Paraga*, 19 Jahre alt, Jura-Student und gleichzeitig Hörer der Theologischen Fakultät in Zagreb, hatte Unterschriften gesammelt für eine Petition, deren Ziel die *Amnestie politischer Häftlinge* war. Vorher hatte eine solche Initiative bereits in Serbien stattgefunden. Der Unterschied aber lag darin, daß der serbische Text eine Amnestie für jene verlangte, die wegen „Verbaldelikten“ verurteilt wurden – „nationalistische“ Lieder zu singen, reicht dafür schon aus –, während *Paraga* seinen Text auf „alle politischen Häftlinge“ erweiterte. Er konnte dafür auf ein Vorbild der dreißiger Jahre verweisen. Damals war ein solcher Amnestieversuch von sehr vielen prominenten Kroaten unterzeichnet worden – darunter auch von Kommunisten wie *Miroslav Krleza*. Die Amnestieersuchen hatten auch damals keine Wirkung – eine Amnestie hätte die Befreiung vieler Kommunisten bedeutet –, aber sie brachte wenigstens den Unterzeichnern keinerlei Schwierigkeiten. Im heutigen Jugoslawien ist es aber offensichtlich anders. Die 40 bis 50 Personen, die sich daran beteiligten, darunter zwei katholische Geistliche und mehrere Akademie-Mitglieder, wurden einzeln von der Staatspolizei vorgeladen: Wenn sie nicht zugeben wollten, daß *Paraga* ihnen seine Beziehungen zur Emigration verheimlicht und sie somit hintergangen habe, drohe ihnen der Verlust ihres Arbeitsplatzes oder ähnliches. Nur sehr wenige beugten sich dem Druck.

Paraga wurde verhaftet. Die Anklage warf ihm Zusammenarbeit mit terroristischen Emigrantengruppen in der

Bundesrepublik vor. Daß sich im Laufe des Prozesses einwandfrei herausstellte, daß Paraga keine solchen Kontakte hatte, daß er nicht, wie die Anklage behauptete, in der Bundesrepublik Ustascha-Mann *Stjepan Biljandic* besuchte, daß das „Beweismaterial“ der Anklage einfach lächerlich war – beeindruckte zwar das Gericht nicht, wohl aber andere Kreise. Als noch vor dem Prozeß bekannt wurde, daß der Student unter hartem physischem und psychischem Druck zu einem Geständnis gezwungen worden war, das er später widerrief, wurde der Fall zu einem Skandal. Im Laufe des Prozesses im Frühjahr hat Paraga in sehr eindrucksvoller Form – eine Vertreterin von Amnesty International war zugegen – bis in alle Einzelheiten die Methoden der Staatspolizei zu Protokoll gegeben. Er wurde zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt.

Sein Fall ist deshalb so aufschlußreich, weil die kroatischen Justizbehörden hier nicht einen tatsächlichen oder potentiellen Terroristen vor sich hatte, aus dem sie ein Geständnis oder Informationen herauspressen wollte – sondern diese genau wußte, daß es sich um einen im Sinne der Anklage vollkommen Unschuldigen handelte. Aber gerade die Brutalität und Primitivität der Anklage sollte offenbar ein abschreckendes Beispiel sein – für die katholische Jugend in Kroatien. (Es paßte im übrigen ins Bild, daß ein serbischer Staranwalt aus Belgrad, *Srdja Popovic*, auf Wunsch der Familie Paraga den Studenten verteidigte.)

Deutliche Worte des Erzbischofs

Erzbischof Kuharic schrieb einen Brief an die obersten Instanzen Kroatiens, in denen er sich für Dobrosav Paraga einsetzte und verlangte, daß der Kirche ihr Recht auf Seelsorge auch politischen Gefangenen gegenüber nicht verwehrt werden dürfe. Da der Brief ohne Antwort blieb, wiederholte der Erzbischof in seiner Weihnachtspredigt den Vorwurf, die Kirche werde in der Gefängnisseelsorge behindert und bezeichnete dies als einen Verstoß gegen die Menschenrechte.

Die Antwort darauf war die Pressekonferenz von Jakov Blazevic. Abgesehen von ihren direkten Wirkungen auf die Beziehung Staat/Partei-Kirche hat diese wohl auch dazu beigetragen, den *Besuch des Papstes in Jugoslawien* auf unbestimmte Zeit zu verschieben. Die Einladung war im Dezember 1980 von dem damaligen Vorsitzenden des Staatspräsidiums, *Cvijetin Milatovic*, anlässlich seines Besuches im Vatikan ausgesprochen worden. Daß auch das ein Ziel von Blazevic, also indirekt eine Kritik an der Haltung Belgrads gegenüber dem Vatikan, gewesen sein kann, meinen manche Beobachter. Verstärkt wird dieser Eindruck noch dadurch, daß die gleiche Tendenz auch in einem Artikel der „Relazioni religiose“ (Nr. 3, Januar 1981) sehr deutlich wurde. Bei diesem Dienst handelt es sich um eine in Rom erscheinende, von offizieller jugoslawischer Seite unterstützte Publikation. Tatsächlich sind mit einem eventuellen Papst-Besuch eine Reihe von protokollari-

schen und politischen Komplikationen verbunden, die für beide Seiten schwer zu überwinden sein dürften. Eines der Probleme ist, daß der Gast in Zagreb – dem Zentrum der katholischen Kirche in Jugoslawien – zwangsläufig das Grab des Kardinals Stepinac in der Kathedrale besuchen müßte. Eine Vorstellung, die kroatischen – und serbischen – Parteifunktionären zweifellos schlaflose Nächte bereiten würde.

Als Reaktion von seiten der Kirche folgte am 10. Februar die *Gedächtnispredigt des Erzbischofs zum Todestag von Kardinal Stepinac*. In sehr klaren Worten wurden hier die Anschuldigungen des namentlich genannten Republikpräsidenten zurückgewiesen. Auch das war ein noch nie dagewesener Vorgang. Der Predigt hörten Tausende von Zagrebern zu – mehr als je zuvor bei einem Gottesdienst in der Kathedrale. Einige Monate später – unter dem Eindruck der unentwegten Angriffe auf die Kirche in der kroatischen Presse – griff auch die Bischofskonferenz aus Anlaß ihrer Jahresvollversammlung das Thema auf. Ihrer Resolution war deutlich zu entnehmen, daß die Bischöfe Jugoslawiens den Erzbischof von Zagreb voll unterstützten – obwohl es kein Geheimnis ist, daß es unter ihnen zu manchen Fragen verschiedene Ansichten gibt, darunter auch über die Taktik, die Kuharic gegenüber den kommunistischen Instanzen anwendet. Aber angesichts der Anschuldigungen, denen er und die Kirche ausgesetzt sind, werden Einheit und Solidarität stärker.

Es ist – unabhängig von der aktuellen Entwicklung – seit jeher eine Methode der kommunistischen Parteien, so auch der jugoslawischen, gegenüber der Kirche gewesen, daß sie versuchen, *den Klerus zu spalten* und damit die Position der Geistlichen gegenüber den Gläubigen zu schwächen. In diesem Sinne wird auch jetzt stets von offizieller Seite nur „ein Teil des Klerus“, oder „der Kreis um den Zagreber Erzbischof“ kritisiert, womit unterstellt wird, daß andere Kreise des Klerus zu einer besseren Zusammenarbeit bereit seien.

Zu diesen Methoden gehört auch der massive Versuch, die Geistlichen zu einer *Beteiligung an der Selbstverwaltung* zu veranlassen. Sie sollten sich, so meint die Partei, in die regionalen Gremien der Selbstverwaltung hineinwählen lassen, gleich wie andere Bürger. Die Kirchenführung wehrt sich vehement gegen solche Versuche, denn sie sieht darin die Gefahr, daß den betreffenden Vertretern der Kirche dann sehr leicht der Vorwurf der „politischen“ Einmischung gemacht werden könnte. Offenbar setzen sich auch nur sehr wenige Priester über diese offizielle kirchliche Ansicht hinweg – zu wenige, um von der Partei als „Erfolg“ registriert werden zu können.

Ende einer alten Strategie?

Aber noch zwei Faktoren gehören zur aktuellen Lage der Kirche in Jugoslawien. Es wird heute unvergleichlich viel mehr über die katholische Kirche, über Kirchen und Religionen in den jugoslawischen Informationsmedien ge-

schrieben als je zuvor. Zumindest einmal wöchentlich bringt der Zagreber „Vjesnik“ einen umfangreichen polemischen Artikel – zum Teil durchaus auf vertretbarem intellektuellem Niveau. Mehrfach im Laufe der Woche bringen die verschiedenen Zeitungen und Zeitschriften, aber auch informative Beiträge über kulturelle und historische Aspekte des kirchlichen Lebens. Kirchliche Würdenträger werden öfter auf Photos gezeigt, vor allem, wenn sie von den führenden Funktionären empfangen werden. Immer klarer tritt die Tendenz zu Tage, auf verschiedenen Ebenen über Kirche und Religion besser zu informieren. Zu diesem Zweck werden Soziologen, Philosophen und Historiker, aber keine Theologen zu Symposien eingeladen und wird entsprechende Literatur übersetzt. Im Fernsehen gibt es sogenannte round-table-Diskussionen z. B. über die Stellung der Kirche im Sozialismus (ebenfalls ohne Vertreter der Kirchen).

Am interessantesten aber ist ein ganz *neues Phänomen*. Nachdem – wie schon erwähnt – jahrzehntelang das unverkennbare System waltete, Spannung oder Entspannung im Verhältnis zu den Kirchen so gleichmäßig wie möglich zwischen Katholizismus, Orthodoxie und Islam zu verteilen – scheint man jetzt von diesem Schema abzuweichen. In den letzten Monaten, in denen die Kirche in Kroatien ständigen Angriffen ausgesetzt war, wurde die Beziehung zur serbisch-orthodoxen Kirche in Belgrad auffallend „gepflegt“. Patriarch *German* wurde vom jugoslawischen Ministerpräsidenten empfangen – das Fernsehen brachte darüber eine kurze Reportage. Konkreter Anlaß für die ungewöhnliche Begegnung war, wie „Pravoslavlje“, das Wochenblatt des Patriarchates, schrieb, „die Sorge der serbischen Kirche um die Gläubigen und die Klosterleute im Kossovo“. Im Rahmen der seit Monaten anhaltenden, zum Teil blutigen Unruhen unter der albanischen Bevölkerung in dieser südserbischen autonomen Provinz, kam es zu mehrfachen anti-serbischen Ausschreitungen. Dazu gehört eine Brandstiftung im Alten Patriarchat von Pec, bei dem eines der historisch wertvol-

len Gebäude vernichtet wurde. Offiziell wurde zwar ein Kurzschluß als Brandursache angenommen. Der Patriarch machte aber ziemlich unmittelbar nach dem Brand einen Besuch an Ort und Stelle und auch dies wurde ausführlich in den Massenmedien referiert.

Die *Unruhen im Kossovo*, das Verlangen der dortigen albanischen Bevölkerung, die die Mehrheit ausmacht, nach einer „Republik Kossovo“, ist für ganz Jugoslawien ein großes Problem, weil es – wenn es „gelöst“ werden soll – eine Revision von Titos Konzept bedeuten würde. Die Serben können sich nicht zu einer Aufgabe dieses Gebietes entschließen. Für sie ist es die Wiege des Serbentums, dort hatte das serbische Königtum und mit ihm das Patriarchat im Mittelalter, als Serbien noch ein blühender Großstaat war, seinen Sitz. Der Patriarch mußte später vor den Türken nach Norden ausweichen und fand in dem von Österreich-Ungarn beherrschten Teil des Landes Asyl.

Die offizielle Haltung zur serbischen Kirche in diesem Augenblick ist ein Zeichen dafür, daß diejenigen serbischen Kreise, die im Kossovo mit harter Hand versuchen, der Situation Herr zu werden – fast täglich werden Strafen bis zu 15 Jahren Zuchthaus in Prozessen gegen oft sehr junge Menschen verhängt –, auch die Kirche brauchen. Die serbische Kirche, der man nicht nachsagen kann, daß sie sich je dem kommunistischen Regime gegenüber konziliant gezeigt habe, dürfte sich dabei der Stärke ihrer Position wohl bewußt sein.

Insgesamt stellt sich die Lage der Kirchen gegenwärtig also *ziemlich gegensätzlich* dar. In Kroatien regiert die Partei deutlich überreizt auf Phänomene, die nicht nur mit der Kirche zu tun haben, dabei macht sie die Kirche zum Prügelknaben. In Serbien hingegen entspricht die augenblickliche Entwicklung der auf manchen Gebieten zu erkennenden zunehmenden Dezentralisierung der politischen Kräfte. Die Autorität der „Zentrale“ wird geringer, die Selbständigkeit der Republiken größer.

Christine von Kobl

USA: der Vatikan interveniert wegen katholischer Presse

Ein ungewöhnlicher Vorgang erregt zur Zeit die katholische Öffentlichkeit in den Vereinigten Staaten: Der Vatikan hat seine Besorgnis darüber geäußert, daß einige Artikel und Kommentare in katholischen Zeitungen „dem Glauben des Volkes schaden, weil sie es an Achtung vor der Lehrautorität und den Entscheidungen der kirchlichen Obrigkeit fehlen lassen“. Dies hat der neue Apostolische Delegat in den USA, Erzbischof *Pio Laghi*, in einem Brief allen Diözesanbischöfen mitgeteilt. Zugleich hat er die Bischöfe darüber informiert, „daß sie vom vatikanischen Staatssekretariat angehalten werden, sich ihrer Ver-

antwortung für die redaktionelle Ausrichtung jenen Zeitungen gegenüber bewußt zu werden, die sie (als Herausgeber) unter ihrer Kontrolle haben.“

Der Brief des Delegaten, der das Datum vom 27. April dieses Jahres trägt, ist nur durch Indiskretion bekannt geworden. Die katholisch-konservative Wochenzeitung „The Wanderer“ aus St. Paul in Minnesota veröffentlichte ihn im Wortlaut, ohne zu sagen, woher sie Kenntnis davon erhalten hat. Erst nach dieser Veröffentlichung nahm der Sekretär des Apostolischen Delegaten, *Father Lawrence Purcelli*, dazu Stellung. Der Inhalt des Briefes